Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerations-Preis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 139. Dienstag, den 24. November. 1863

Thorner Geschichts-Kalender.

24. November	1335.	Friedensspruch zu Wyszograd zwischen dem Hochmeister Dietrich von Altenburg und Kasimir dem Großen. Es zeichnet sich dabei als Unterhändler der Comthur von Thorn Marquart von Sparenberg aus.
" "	1852.	Der Stadtälteste, Zimmermeister Pankratz stirbt.
25. "	1582.	Thorn erhält ein Königliches Mandat daß die Kauf- und Fuhrleute aus Polen nach Preußen und umgekehrt keinen andern Weg als über Thorn nehmen sollen.
" "	1596.	Der erste Jesuit kommt nach Thorn und predigt zum ersten Male polnisch in der St. Johanniskirche.

Landtag.

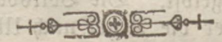
Herrenhaus. Wir haben in v. Nro. kurz den Gang der Debatte am 18. d. über die Preßverordnung vom 1. Juni d. J. mitgetheilt. Dem bereits Mitgetheilten lassen wir noch nachstehende Ergänzungen folgen, welche die Stellung der Majorität des Herrenhauses zur Tagespresse der liberalen Partei kennzeichnen. Graf Krassow sagte unter Anderem: Es sei bei uns ein so empörender Preßunfug eingerissen gewesen, wie in keinem andern europäischen Staate; in keinem andern Staate, mit Ausnahme vielleicht von Nord-Amerika, und es sei gelungen, die Tagespresse dahin zu bringen, daß sie sich wenigstens zu einem Schein des Anstandes bequemt habe. Der Erfolg sei aber noch ein ungenügender, und es bestände noch eine große Anzahl von Schandblättern, — er nenne nur eins davon, die hiesige „Volkszeitung". Er erkenne deshalb nur eine absolute Nothwendigkeit zum Erlasse der Verordnung an, denn die Presse sei bei uns thatsächlich straflos gewesen; da die Strafgesetze gegen sie in so laxer Weise gehandhabt worden wären, daß die Strafen, wenn je einmal solche anerkannt worden seien, eher den Character einer Prämiirung als einer empfindlichen Strafe an sich getragen hätten. Er halte die Verordnung vom 1. Juni für verfassungsmäßig; wenn die Verfassung sage, daß die Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes erkannt werden dürften, so frage es sich doch, ob die Verordnung nicht ein Gesetz sei, Gesetzeskraft habe sie wenigstens. Die Verordnung strafe aber auch garnicht; die Concessionsentziehung sei keine Strafe; sie könne vielleicht den davon Betroffenen sehr unangenehm berühren, aber eine Strafe im juridischen Sinne sei sie nicht. Was den Nothstand betreffe, so glaube er, daß derselbe im vollen Maße vorhanden sei. Wäre die Verordnung nur ernst und streng gehandhabt worden, so würde der Erfolg noch ein größrrer sein. Thatsache sei es, daß ein großer Theil unserer Richter in politischer Beziehung einer extremen, demokratischen Richtung angehöre, und wenn er die Unparteilichkeit unserer Richter auch noch so hoch halte, so glaube er doch, daß es eine Grenze der Unparteilichkeit gebe, dem absolut unparteiisch sei kein Mensch. Daß ein Richter, der eine politische Parlaments- oder Clubbrede gehalten habe und in einer Zeitung einen Widerhall dieser Rede fände, in dieser dasselbe, was er selbst ausgesprochen habe, als strafbar ahnden solle, heißt etwas Uebermenschliches verlangen. — Herr v. Senfft-Pilsach meinte, der Nothstand bedürfe keiner Illustrirung. Die königstreuen Männer würden unablässig und auf die boshafteste Weise von der Presse angegriffen und dadurch in ihren Rechten und Freiheiten gekränkt. Er bedaure, daß das Haus gezwungen sei, sich mit einem zum Theil gar nicht sauberen Gegenstande zu befassen; denn der Theil der Tagespresse, welcher hier in Betracht komme, sei nur eine Abart, nur eine Schmarotzerpflanze, mit deren Pflege Müssiggänger ihre Tage verderben. — Hr. v. Below: Als die Verfassung entworfen worden sei, da habe im ganzen Lande der Glaube an die Unparteilichkeit des preußischen Richterstandes existirt; er müsse es an dieser Stelle aussprechen: auf politischem Gebiete existire die Unparteilichkeit des preußischen Richterstandes nicht mehr. (Beifall rechts.) Wenn der alte preußische Richterstand auf allen Gebieten erhalten werden solle, müsse der Richtee frei gemacht werden von der politischen Bewegung. Das Haus dürfe die Sache nicht advocatisch beurtheilen, nicht jede feine Wendung der Verfassung erwägen, sondern das Haus müsse als Jury aburtheilen.

In der Sitzung am 20. wurde der Adreßentwurf nach längerer Debatte angenommen. Mit Nein stimmten Tellkampf, v. Bernuth, Bloemer, Graf Bninski, Brüggemann, Camphausen (Köln), Frhr. v. Diergardt und v. Flemming. Von diesen sprachen gegen den Entwurf Graf Bninski, welcher leugnete, daß der Aufstand im Königreich Polen auch gegen Preußen gerichtet sei, Bloemer, Freiherr v. Diergardt, Camphausen (Köln), der die Minister beschuldigte, in dem Verfassungskampfe hinter dem Thron, statt vor demselben zu stehen, was eine kurze Entgegnung des Ministerpräsidenten hervorrief, und schließlich v. Bernuth, der die Altliberalen in Schutz nahm. Herr v. Bismarck hatte im Laufe der Debatte Gelegenheit, den von Herrn von Zedlitz an das Ministerium gerichteten Dank entgegenzunehmen und stellte am Schluß der Majorität sowohl wie der Minorität das Zeugniß aus, daß sie sehr versöhnlich aufgetreten wären.

Von den Vertheidigern des Adreßentwurfs zeichnete sich ganz besonders wieder Graf v. Krassow aus. Er sagte: Es gebe Bestrebungen, mit denen Friede und Verständigung absolut unmöglich seien, da sie das persönliche Königthum in seiner Selbstständigkeit antasten. Die Partei, welche dies thue, habe keine Berechtigung in Preußen. Die Losung des Kampfes laute eigentlich: „ob Königthum von Gottes Gnaden oder Volkssouverainität." Die Gegenpartei wolle die Reichsverfassung von 1849, die doch ein todtgebornes Kind sei. Es ist das alte Volk, nur irre geleitet durch ein neues Geschlecht, welches in der Schande seine Ehre suche. Das Volk will mit Kraft regiert und nimmt Milde der Regierung leicht für Schwäche; daher rühre bei uns auch eine Art geheimer Nationalregierung, welche sich „Central-Wahlcomité nennt und trotz Sr. Majestät Wiederwahl decretirt habe. Die Regierung dürfe die Beamten nicht beliebig agitiren lassen, das wäre eine alberne Forderung, aber nur Verleumdung könne es sein, daß Beamte gezwungen worden, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen. Wichtig scheine ihm (Redner) jedoch, daß zwei Dinge ins Werk gerichtet werden: Die Regierung müsse den Beamten gegenüber strenge Zucht und Gerechtigkeit üben und sie pecunair besser stellen; sodann: die Omnipotenz des Beamtenthums durch Selbst-Verwaltung der Gemeinden brechen. — Von den Gegnern des Erlasses einer Adresse hat von Camphausen (Cöln) die bemerkenswertheste Rede gehalten. Der Adreßentwurf, so ließ er sich aus, sei geeignet, unberechtigte Vorstellungen zu erwecken. Er stelle die Lage des Landes nicht dar, wie sie wirklich sei. Die größte einer Verständigung entgegenstehende Schwierigkeit sei das gegenwärtige Ministerium. Dasselbe sei nicht geeignet, den bestehenden Kampf glücklich zu führen, weil es sich bisher meist hinter den Thron gestellt hätte. Er vermöge nicht das gegenwärtige Ministerium zu unterstützen, wie der Entwurf verspreche, weil er dasselbe nicht für förderlich zum Wohl des Landes, nicht förderlich für das Wohl der Krone hatte. Ein Ministerium müsse für die Krone, nicht durch die Krone kämpfen. Die Einigkeit im Lande könne niemals durch das gegenwärtige Ministerium herbeigeführt werden, vielmehr werde die bestehenee Gefahr durch dasselbe nur verlängert und erhöht. Eine Vereinigung der Parteien könne durch das Ministerium nicht herbeigeführt werden. Wenn das Ministerium sich in stiller Kammer selbst die Frage vorlegen wollte, ob es das Ansehen der Krone erhöht habe, ob es im Stande sei. die äußern Schwierigkeiten zu überwältigen, so werde es dieselbe nicht zu bejahen im Stande sein. . . . . Redner schließt: in dem gegenwärtigen Kampf geht die eine Seite darauf aus, die Verfassung zu heben, die andere, sie herabzusetzen. Der Kampf kann durch einen Vergleich oder durch einen entschiedenen Sieg beigelegt werden. Den letzteren würde ich, welcher Theil auch der Sieger bliebe, als ein Uebel für den preußischen Staat halten. Ein Vergleich ist für dasselbe durchaus nöthig, aber unerreichbar für das gegenwärtige Ministerium.

Abgeordnetenhaus. Unter den Rednern, welche am 16. gegen die Preßverordnung sprachen, fand die des Abg. Gneist den lebhaftesten Beifall. Nachdem er die Verordnung von juristischem Standpunkte als eine der Verfassung zuwiderlaufende darlegte, beleuchtete er sie von der politischen Seite und sagte: Es handelte sich bei der Preßverordnuug um die exorbenanteste Oktroyrungsmaßregel seit Einführung der Verfassung vom 31. Januar 1850. Wenn der Art. 63 dabei die Königliche Staatsregierung an eine Reihe der allerbestimmtesten Rochtsschranken bindet, so erscheint es wohl als die erste Pflicht, sich darüber auszuweisen. Zu dieser Rechtfertigung ist aber nicht einmal ein Versuch gemacht, sondern die beigefügte Denkschrift dreht sich ausschließlich um eine Anklage gegen die Tendenzen der Presse, gegen angeblich „gefälschte und gehässige Darstellung und Auslegung der Regierungshandlungen." Von den gesetzlichen Erfordernissen des Art. 63 ist mit keiner Silbe weiter die Rede als durch Erwähnung eines „schweren Nothstandes", der darin bestehen soll, daß die Regierung durch eine Gereiztheit der Stimmung die Wege zu einer Verständigung nicht habe finden können. Auch in dem Bericht, mit welchem der Entwurf dem König überreicht ist, wird die Gesetz- und Verfassungsmäßigkeit mit keinem Worte begründet, außer mit der Versicherung, die Minister seien überzeugt von der Verfassnngsmäßigkeit der Verordnung. Wir haben heute von dem Herrn Minister des Innern gehört, daß eine Ueberlegung von 2mal 24 Stunden genügt hat, um die Minister schlüssig zu machen über eine Maßregel, deren schwere Bedenken doch ihnen als Staatsmänner nicht fremd sein konnten, eine Maßregel, von der sie wußten, daß sie einem der absoluten Verbotsgesetze der Verfassung mindestens sehr nahe gehe, daß sie etwas der höchsten Güter der deutschen Nation, die geistige Freiheit in der Presse gefährde (Beifall). In 2 Mal 24 Stunden sich über eine Maßregel schlüssig zu machen, an die alle ominiösesten Erinnerungen des Unglücks der Bourbonenfamilie hängen (Stürmisches Bravo). Das meine Herren ist wahrlich nicht die Weise, in der das preußische Volk erwartet und geglaubt hat, die Staatsverhältnisse hier geleitet zu sehen (Bravo). Das ist also die Garantie, die uns die beschworene Verfassung bietet. Eine Versicherurg eines Mannes auf Parole! (Lebhaftes Bravo). Ist solch ein Zustaud in einem europäischen Lande zu finden? Wird irgend ein Land durch solche Art von Kabinetsberathungen regiert? Kann dabei der Rechtssinn des Volkes bestehen? Gehen sie (zur Ministerbank gewendet) dem Lande voran, indem Sie dem Rechte gegenüber Ihre Achtung bezeugen und ihm nicht Meinungen substituiren, zu denen Sie weder durch Ihren Beruf noch durch Ihre Vergangenheit berufen sind! (Lebhaftes Bravo.) Und klagen Sie nicht die Presse an, daß sie die Grundlage des Staates, der Religion und der Sitte untergrabe! (Stürmisches Bravo.) Zehn Jahre habe ich nach Kräften vor dem Verderben einer solchen Regierung gewarnt; hören Sie es von der Tribüne aus, es ist unmöglich ein Land zu regieren in diesen Formen. (Beifall.) Die Gerichte und das Preßgesetz sollen nicht mehr ausreichen, während doch das Ministerium Manteuffel-Westphalen-Lindenberg-Peters damit ausgereicht hat. Die Gründe dafür sind dieselben wie für Einführung der Censur. Es ist aber ein schwerer Irrthum, wenn die Regierung der Presse Untergrabung aller Grundlagen eines geordneten Staatslebens, der Religion und der Sittlichkeit vorwirft. Dieser Vorwurf würde nur die Nation treffen, denn die Presse besteht nur durch Solche, die ihre Sinnesweise in dem Gedruckten wiederfiuden. Mit Staat, Sitte und Religion steht es in Deutschland so, es einer Wiederherstellung derselben durch ein Ministerinm Bismarck-Eulenburg nicht bedarf. (Lebhafter Beifall). Noch irriger aber ist die Selbsttäuschnng der Herren Minister, daß ihre Verordnung den verwerflichen Ausschreitungen einer zügellosen Presse Einhalt gethan habe. Alle Preßgesetze, deren Handhabung einseitig durch die Staatsanwaltschaft oder Verwaltungsbeamte von den zeitigen Ministern abhängig gemacht wird, haben nur die Folge, daß die Oppositionspresse zu einer tugendhaften unfreiwilligen Mäßigung genöthigt, die der Regierung affiliirte Presse um so schrankenloser wird. Die böswillige Entstellung der Wahrheit, die Aufforderung zur Gewalt, zum Verfassungsbruch dauert auch nach der Preßverordnung fort. Sie beschränkt sich aber auf die Presse, welche unter den 26 Regierungspräsidenten noch keinen Verwarner gefunden hat, die Presse, die im Lager der Regierung zu sein versichert. Mit dieser Presse fängt das preußische Volk an seine Regierung zu identificiren. In dem Ton, in der Gesinnung, in der Sittlichkeit dieser Presse sieht das preußische Volk den eigentlichen Geist der neuen Aera, der sich jetzt kund thut. Die Regierung irrt sich, wenn sie glaubt, dieser gefährlichsten aller Wirkungen dadurch zu entgehen, daß von Zeit zu Zeit die überzudringlichen Freunde offiziös desavouirt werden. Das Publikum hat niemals ein Verständniß für die verschämte Abwehr: es beurtheilt eine Regierung nach ihren Handlungen, die preußischen Regierungs-Präsidenten nach ihren Verwarnungen. (Beifall.) Daraus entstehen Gefahren für Staat, Sittlichkeit und Königthum. Diese Gefahren werden aber nimmermehr dadurch beseitigt, daß die Verordnung fortdauert, sondern sie werden nur dadurch gemindert, daß die Verordnung aufhört (Anhaltender Beifall).

Die Einbringung der Militärnovelle im Hause der Abgeordneten steht zu Montag definit bevor; man spricht von Konzessionen, welche dieselbe bringen werde, von 2½jähriger Dienstzeit, der dann nach einigen Jahren die zweijährige folgen solle. Sicheres weis man jedoch noch keineswegs. In der schleswig-holsteinschen Sache ist die gemeinsame Kommission der beiden großen liberalen Fraktionen noch nicht zur Einigung über einen formulirten Antrag gekommen. Heute (d. 22.) werden die Fraktionen selbst darüber berathen.



Politische Rundschau.

Die schleswig-holsteinische Frage ist heute eine brennende Tagesfrage der internationalen Politik wie das unsern Leser aus den Thatsächlichen Mittheilungen bezüglich dieser Frage in den beiden letzten Nummern werden ersehen haben. Wir lassen neue Thatsachen folgen: Der Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein hat sich persönlich an den Kaiser von Oesterreich behufs Unterstützung seiner Erbansprüche gewandt. — Die badische Regierung hat den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein anerkannt und ihr Gesandter am Bundestage hat vorläufig die Vollmacht für die holsteinische Stimme übernommen. Die offizielle „Karlsruher Ztg." enthält einen nachdrücklichen Artikel für die Rechte des Herzogs, in welchem es heißt: „Der Vater des Prinzen Friedrich, Herzog Christian, hat für seine Person auf die Geltendmachung seiner Successionsrechte verzichtet der Sohn wird die seinigen zu wahren und zu üben und die mit denselben verbundenen Pflichten zu erfüllen wissen — Pflichten gegen Schleswig-Holstein und gegen Deutschland. Schleswig-Holstein hat durch lange Jahre der Leiden treu ausgeharrt, in der Hoffnung und Erwartung, daß sein angestammter Fürst dereinst an die Spitze treten und eine neue Aera selbstständigen Lebens und deutschen Wesens beginnen werde. Diese Hoffnung darf nicht getäuscht werden. Die deutschen Großmächte sind dem Londoner Protokoll nur unter Bedingungen und Voraussetzungen beigetreten; diese sind von Dänemark nicht erfüllt worden. Der deutsche Bund hat dasselbe nie anerkannt; er hat somit volle Freiheit, auch jetzt seine Anerkennung zu versagen, wenn nun die Successionsfrage an ihn herantritt. Die Weltlage ist mit dem Ereigniß des Aussterbens des dänischen Königshauses plötzlich eine andere geworden. Die Blicke Europa's werden sich nach der Eider und dem Sund richten. Die Lösung der Erbfolgefrage kann nicht vertagt, nicht umgangen werden. Das Schicksal Schleswig-Holsteins wird in der nächsten Zukunft entschieden. Von Deutschlands Haltung, von dem festen Entschluß, in diesem Augenblick ohne alle Rücksicht für das Recht der ihm angehörigen und verwandten Herzogthümer einzutreten, wird es abhängen, wie sich die Zukunft Schleswig-Holsteins gestaltet und ob die Verhältnisse der deutschen Nordgrenze sich zu Deutschlands eigener Ehre und zu seinem eigenen Frommen wenden. Eine große Verantwortung naht in ihrem ganzen Ernst den deutschen Regierungen und dem deutschen Volk. Mögen sie fest und treu für das Rechte zusammenstehen!" — In einem offiziellen Artikel heißt es: Die Stellung des deutschen Bundes ist in dieser Sache frei von Zweifeln. Der deutsche Bund kann nur den bisherigen Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und es darf nicht bezweifelt werden, daß er das Recht dieses legitimen Fürsten mit den erforderlichen Mitteln schützen, und da nöthig, in volle Wirksamkeit setzen werde. Welches deutschen Fürsten Recht wäre noch sicher, wenn dieses dem Ausland zum Opfer fiele!" — In Kiel haben am 20. d. 24 Ständeabgeordnete einstimmig beschlossen, die Bundesversammlung um schleunigsten Schutz der Landesrechte zu bitten. Das Gesuch ist bereits abgegangen. Die Andern sind wegen des Verbots jeder Zusammenkunft nicht erschienen. Die Abgeordneten sind aufgefordert, sich im Gesuch anzuschließen. — Die liberale Presse tritt durch ganz Deutschland ohne Ausnahme auf das Lebhafteste für die Rechte der deutschen Herzogthümer ein. Es ist zu erwarten, daß auch weitere Volkskreise durch Versammlungen der in dieser Beziehung vollkommen einmüthigen öffentlichen Stimmung Ausdruck geben. Es wird namentlich die Sache des Nationalvereins sein, in dieser Beziehung die erforderliche Anregung zu geben. — In der schleswig-holsteinischen Sache hat Herr Bennigsen die Mitglieder des Ausschusses des Nationalvereins auf Sonntag den 22. nach Berlin berufen. — Am 19. wurde in Hamburg eine Volksversammlung, aus Schleswig-Holsteinern und hiesigen Einwohnern bestehend, in der Vorstadt St. Pauli wegen bedrohlicher Nähe Altonas, an drei verschiedenen Orten von der Polizei aufgelöst. Die Volksversammlung zog sich hierauf über die Alster nach Uhlenhorst zurück und erließ von dort aus eine Adresse an den Erbprinzen von Augustenburg und an den Herzog von Coburg-Gotha, den letztern auffordernd, sich an die Spitze des Volkes zu stellen. — Aus Frankfurt wird vom 21. mitgetheilt: Gutem Vernehmen nach hat Oldenburg am 17. Nov. eine Protestnote an den Minister Hall erlassen, welche den Regierungsantritt Christians IX. in Schleswig-Holstein als rechtlich unbegründet erklärt, und den ohne Rechtsgrund erfolgten Regierungsantritt als nicht bindend ansieht. Es legt Verwahrung ein, Weiteres vorbehaltend. — Allen holsteinischen Beamten ist von Kopenhagen der Befehl zugegangen, dem Könige Christian IX. den Huldigungseid zu leisten. Wie es heißt, wollen die Universitätsprofessoren, die Mitglieder des Appellationsgerichts und andere Beamte den Eid verweigern. — Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein notifizirt zuverlässigen Berichten zufolge sämmtlichen Bundesregierungen seinen Regierungs-Antritt und beauftragte den Geheimen Rath Samwer mit der Leitung der Geschäfte. — In der Sitzung des Bundestages am 21. notifizirte der dänischen Gesandter das Ableben Friedrich VII. und die Thronbesteigung Christian IX. Das Präsidium legte mit der Vollmacht ein Schreiben des Bundestagsgesandten vor, durch welches der Regierungsantritt des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg notifizirt wird und theilt die Verzichts-Urkunde des Herzogs Christian vom 16. November mit. Von Seiten Dänemarks wird hiergegen Verwahrung eingelegt. Hierauf folgte eine Erklärung Oesterreichs und Preußens mit einem Protest gegen die neue dänische Verfassung. Die Anträge Badens, Weimars, Meinings, Altenburgs, Koburgs, Oldenburgs gehen wesentlich dahin, daß bei dem dänischen Thronwechsel die Rechte der Herzogthümer Deutschlands und des Erbprinzen Friedrich auf Erbfolge gewahrt, ein Gesandter des Königs Christian nicht zugelassen werde. Dann folgte ein Antrag Anhalts den König Christian nicht als Herzog von Lauenburg anzuerkennen. Sachsen und Mecklenburg wahren die eigenen Erbansprüche auf Lauenburg. Der dänische Gesandte legte Verwahrung gegen alle Anträge ein mit Bezugnahme auf das Londoner Protokoll und den Beitritt zu demselben vor Seiten des Herzogs Christian und des Großherzogs von Oldenburg. Dar bairische Gesandte gab die Erklärung ab, daß das Londoner Protokoll für den Bund nicht vorhanden sei. Eine eingegangene Eingabe von Mitgliedern der holsteinschen Ständeversammlung bittet um Maßregeln, damit die Entscheidung dem Rechte und nicht der Gewalt anheimfalle. Alles wurde dem holsteinischen Ausschusse überwiesen.

Deutschland. Berlin, den 20. November. Die Rede des Abgeordneten Dr. Joh. Jacoby, gehalten vor seinen Wählern am 13. d. M. zu Berlin. ist konfiszirt worden. (B. Allg. Z.)

— Den 21. Se. Majestät der König empfingen gestern in Allerhöchstihrem Palais das Präsidium des Herrenhauses und nahmen die Adresse dieses Hauses aus den Händen des Präsidenten, Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, entgegen.

— Der Staats-Anzeiger veröffentlicht eine Königl. Verordnung vom heutigen Tage, welche auf Antrag des Staatsministeriums in Gemäßheit des Artikels 63 der Verfassung die Preßverordnung vom 1. Juni c. aufhebt

Provinzielles.

(N. E. A.) Pr. Holland, 16. November. Gegenüber der bekannten Erklärung des Ministers des Junern, nach welcher weder mittelbare, noch unmittelbare Beamte von ihrem Amte entfernt werden sollen, weil sie nicht im Sinne der Regierung an der letzten Urwahl sich betheiligt haben, wollen wir konstatiren, daß die Königl. Regierung zu Königsberg durch Verfügung vom 7. d. Mts. den Domänen-Rentmeister Romminger angewiesen hat, seinen Amtsschreiber Siegmann, weil er sich bei der Urwahl in oppositioneller Weise betheiligt, d. h für die von der liberalen Partei aufgestellten Candidaten gestimmt hat, zu entlassen, und darüber, daß solches geschehen, binnen 4 Wochen zu berichten. Wir bemerkrn dabei noch, daß Stegmann lediglich in einem Privatverhältnisse zu Romminger gestanden hat.

Marienburg, den 16. November. (N. E. A.) Der aus der sogenannten Captuller'schen Rettungsanstalt geschiedene Lehrer giebt einen Blick in die Mysterien jenes Instituts, daß man nicht weit suchen darf, wer durch die bewundernswürdige Schöpfung jener Anstalt gerettet ist. Es wäre unseres Erachtens Pflicht der Behörden den Lehrer, einen glaubwürdigen Mann amtlich zu vernehmen und sich der geretteten Kinder zu erbarmen. Im engen Stübchen zusammengepfercht erhalten über 20 dieser Kinder Unterricht, es hat dem Lehrer aber nicht gelingen können dieselben bis zum nöthigen Schreiben und Lesen für den Religionsunterricht vorzubereiten, weil sie fast beständig mit andern Arbeiten beschäftigt sind, bestehend in Wasserholen für 5 Kühe, 3 Schweine. 5 Schaafe, die im Stalle gefüttert werden, Kraut aus den Gräben zu schneiden, und solches theilweise zu hacken 2c. Wir selbst haben Gelegenheit gehabt den pestilenzialischen Geruch in jener Rettungsanstalt zu empfinden; der Lehrer versichert die Reinlichkeit anlangend, daß es vorkommt, daß die Kinder mitunter in 3 Wochen keine reine Wäsche bekommen und fortwährend mit Ungeziefer behaftet sind. Sogar Soontags, wo sie regelmäßig Vor- und Nachmittags zur Kirche geführt werden, ist oft nicht Zeit die Haare zu kämmen, sie müssen sich dieselben glatt streichen und ihre Kappen darauf setzen. Unterhalten wird die Anstalt aus milden Gaben. Wir werden dabei an die Bettlerbesitzer von Paris erinnert. — Wie hier glaubwürdig mitgetheilt wird, wird unser früherer Abgeordnete Lietz, der Schrecken unserer Mennoniten, zur Nachwahl in Danzig aufgestellt. Lietz hat seiner Zeit Anträge gestellt, daß die Menoniten ebenfalls zum Militärdienste herangezogen werden sollen. — Jetzt genießen sie nur die in der Verfassung jedem Preußen gewährten Rechte, kaufen nicht kantonfreie Grundstücke, entblöden sich nicht am Wahlrecht sich zu betheiligen, jetzt, wo die Frage ob unsere Kinde 2 resp. 3 Jahre im stehenden Heere dienen sollen, mit im Vordergrunde steht; danken aber für die gleichen Pflichten, sondern zahlen dafür, daß nur unsere Kinder einstehen, wenn es gilt König und Vaterland mit Blut und Leben zu schützen, circa 6 Silbergroschen pro Jahr und Kopf.

Aus Preußen. Die niedrigen Getreidepreise beginnen auf den Güterhandel und die Güterpreise bereits erheblich einzu wirken.

Lokales.

— **Ueber die neue Pfahlbrücke** ist der „Danz. Ztg." ein Bericht zugegangen, aus welchem wir folgende Stelle entlehnen: „Mit einem Aufwande von nahe an 100,000 Thlr. durchgeführt, liefert die Brücke das kaum dagewesene Beispiel, was ernster Wille mit technischer Umsicht, ganz besonders aber was die außerordentliche Energie einer Commune von ca. 15,000 Einwohnern in der verhältnißmäßig ganz kurzen Bauzeit. Eines Jahres, trotz aller Hindernisse in Herbeischaffung von Material, Arbeitskraft und Geld zu Stande zu bringen vermag; ein Bauwerk, vor dessen offenbarem Wagniß der Staat, dem es eigentlich als Glied einer Hauptverkehrsstraße obliegt, entschieden zurückschreckte, tritt hier mit dessen Wunderwerk, der Dirschauer Brücke, in eigenthümliche Rivalität und nimmt, freilich in anderer Beziehung, nämlich nach der Höhe des Muthes und der zu Gebote stehenden Mittel gemessen, mit denen es in Angriff genommen und vollendet worden. die gerechte Bewunderung in Anspruch. Dabei wird unwillkürlich gefragt, was hat denn der Staat, der doch für den allgemeinen Verkehr, wie für den der Ostbahn und der Festung selbst, für deren Vertheidigungsfähigkeit die Brücke ein anerkant wichtiges Glied bildet, und welche das Militair ohne Entgelt benutzt, die Hauptvortheile genießt, zu diesem Bau beigetragen? So viel bekannt, ist bis jetzt vom Staate Nichts gewährt, man hat sich beschränkt, weitere Befreiungen und Ermäßigungen des bisherigen Tarifs in Erwägung zu nehmen. Auch der in Aussicht gestellte Baubeitrag zur Brücke hat wenigstens deren Bau nicht gefördert, denn die Anschläge der nunmehr fertigen Brücke liegen noch zur Revision bei der technischen Oberbehörde vor.

— **Kommerzielles.** Der „Danz. Ztg." wird aus Warschau v. 20. mitgetheilt, daß aus einer Veröffentlichung der Finanz-Commission zu entnehmen ist, es liege die Absicht vor, die an der Grenze unter dem Namen Chausseegeld erhobene Abgabe von polnischen Producten aufzuheben. Diese Steuer belastete am stärksten den Getreide- und Holzhandel.

— **Handwerkerverein.** Am Donnerstag, d. 26. hält Hr. Dr. Funk Vortrag über die Trichinenkrankheit.

— **Die Grundlehren der Uhrmacherkunst** von Jürgen Meyer (1/2 Thlr.) und **Thon's Uhrenfreund,** zweite Auflage von Georg Leist (1/3 Thlr.) sind die Titel zweier uns soeben zu Händen gekommener, in Weimar (in Thorn bei Ernst Lambeck zu haben) erschienenen Schriften. Die erstere, verfaßt von einem praktischen Uhrmacher in Holstein, veranschaulicht unter Beihülfe von vorzüglich ausgeführten Abbildungen in allgemein verständlicher Sprache, aber in kürzester Form die Urmacherkunst, wie sie dermalen ausgebildet ist. — Die zweite Schrift, obgleich mehr für den Dilettanten bestimmt, wird aber ebenso auch dem Schüler oder Lehrling gute Dienste leisten, indem sie ihm seine Arbeiten erklärt und gleichzeitig sein Nachdenken weckt und fördert.

— **Musikalisches.** Am Sonnabend d. 21. hatte in der Aula des Kgl. Gymnasiums ein Konzert des Singvereins statt,

in welchem Herr Konzertmeister J. Rosenthal mitwirkte. Er trug drei Piecen vor, nemlich: 1) Konzert Nr. 1 (E-dur) von Vieuxtemps, 2) Giaconne von Bach und 3) Gesangsscene von L. Spohr. Der reichste Beifall folgte jeder Piece seitens des Auditoriums, welches auch mit Anerkennung die schönen Gesangspenden der Mitglieder des Singvereins entgegennahm.

— **Im Theater** gab Herr Giercke am Sonntag d. 22. Die erste der von ihm angekündigten Vorstellungen. Den Anfang der Vorstellung eröffnete die Vorführung zweier Bilder (Newyork. Winterlandschaft) mit beweglicher Staffage, bei welcher nur eine kräftigere Beleuchtung wünschenswerth war, dann folgten ein Ballet von Automaten, Metamorphosen 2c., welche namentlich die junge Zuschauerwelt mit stürmischen Beifall begleitete. Den Schluß bildeten Chromatropen. Wer seinem lieben Nachwuchs und damit auch sich eine Freude bereiten will, dem können wir den Besuch der Vorstellungen des Herrn G. bestens empfehlen.

— **Industrielles.** Nach einer Mittheilung von sachverständiger Seite verdienen die von den Herren Kleemann und Kaufm. Schmidt angekündigten Petroleum-Lampen sowohl hinsichtlich ihrer Ausführung, als auch ihres Preises volle Anerkennung.

— **Aus Polen.** Von zuverlässiger Seite wird uns mitgetheilt, daß in Nieszawa russischerseits auch von einem preußischen Staatsangehörigen verlangt wurde, er solle die Ergebenheits-Adresse an den Kaiser von Rußland mitunterzeichnen. Unser Landsmann wandte sich sofort auf telegraphischem Wege an den Herren Minister-Präsidenten, ob er einem solchen Ansinnen nachzugeben verpflichtet wäre. Sofort erfolgte zur Antwort: „Nein."

Briefkasten.

Eingesandt. Die Königl. Post-Direction wird ergebenst ersucht den mit dem Paquetwagen zur Eisenbahn fahrenden Postillon anzuweisen vorsichtiger zu fahren und um die Straßenecken zu biegen, da gestern Sonntag Abend nur durch Zufall ein Unglück verhütet wurde. H.....

— **Handels-Nachrichten.** Petersburg, 19. Novbr. Die durch eine planlose Bankverwaltung verschuldete traurige Finanzlage tritt nun immer deutlicher zu Tage. Die Reichs-Bank hat seit gestern Mittag ihre Zahlungen in Silbergeld eingestellt. Die Gewähr für die prompte Einlösung der Banknoten schwindet somit mehr und mehr. Seit Neujahr d. J. schon nahm das Verlangen nach Silbergeld im Publico bedeutend zu. Im Januar zahlte die Bank in Silber aus: 2,287,000 Rubel; im Februar 4,921,000, — im März 7,423,000, — im April 10,213,000, — im Mai 10,367,000, — im Juni 2,333,000, — im Juli 6,751,000, — in den 3 ersten Tagen des August 4,405,000 Rubel. — Seit dem half sich die Bank mit der Ausgabe von Wechseln auf London. Da diese aber nun auch des ungünstigen Courses halber mit Verlusten verbunden ist, so hat die Bank vorläufig die Einlösung ihrer Noten so gut wie ganz eingestellt, da die Zahlung in Gold, welche hin und wieder noch geleistet wird, bei dem Course der Imperialien nicht als eine Einlösung zum vollen anzusehen ist. Der Chef der Bank, Baron Stieglitz, hat einen längeren Urlaub genommen.

London, Freitag, d. 20. Novbr. — Englischer Weizen fest; in fremdem beschränktes Geschäft wegen höherer Forderungen der Verkäufer.

Berlin, d. 21. Nvbr., Weizen zu festen Preisen mäßig umgesetzt. — Roggen: schwimmende Waare findet mehr Beachtung. — Rüböl: etwas besser bezahlt. — Spiritus: bei guter Kauflust langsam anziehend.

Inserate.

Ziehung am 30. November u. 1. Dezember 1863.

Badische Eisenbahn-Loose.

Gewinne in Gulden: 40000, 35000, 15000, 12000, 10000, 5000, 4000, 2000, 1000 rc. rc.

Geringster Treffer Fl. 48.

Kurhessische Staats-Anlehen.

Gewinne in Thaler: 40000, 36000, 32000, 8000, 4000, 2000, 1500, 1000 rc. rc.

Geringster Treffer Thaler 60.

Der Verkauf dieser Staats-Anlehens-Loose ist in allen deutschen Staaten gesetzlich erlaubt.

Für obige Ziehung kosten:
2 dieser Loose (ein Badisches und ein Kurhess. Loos) zusammen Thaler 3.
6 „ „ (drei Badische und drei Kurhess. Loose) zusammen Thaler 8.

Verloosungs-Pläne werden Jedermann auf Verlangen **gratis** und **franco** übersandt, ebenso die Ziehungs-Listen gleich nach der Ziehung, und die reellste und pünktlichste Bedienung zugesichert durch

Jacob Lindheimer junior.,
Staats-Effecten-Handlung in Frankfurt a. M.

PS. Gefl. Bestellungen können gegen Postvorschuß überschickt werden.

Immer mehr Anerkennungen findet unser

Eau de Cologne philocome (Kölnisches Haarwasser),

bekannt unter dem Namen Moras' haarstärkendes Mittel.

Köln am Rhein, Brückenstraße 5C. **A. Moras & Comp.**

Mit Freude attestire ich den Herren **A. Moras & Comp** in Köln, daß das von ihnen erfundene Eau de Cologne philocome **(Kölnisches Haarwasser)** an mir die günstigste Wirkung gethan hat. Seit längerer Zeit verlor ich nämlich durch Migräne und Kopfschmerzen nach und nach meine Haare. Durch Anwendung dieses vortrefflichen Wassers sind Migräne und Kopfweh nicht verschwunden, sondern ich habe auch mein Haar vollständig wieder erhalten. Wien den 2. November 1862.

Carl Wilh. Bleichert.

Echt zu haben bei Ernst Lambeck in Thorn.

Per 1/1 Fl. 20 Sgr., per 1/2 Fl. 10 Sgr.

Die ächten, nach der Composition des Königl. Prof. **Dr. Albers zu Bonn** angefertigten **Rheinischen Brust-Caramellen** sind in versiegelten rosarothen Düten à 5 Sgr. — auf deren Vorderseite sich die bildliche Darstellung **„Vater Rhein und die Mosel"** befindet — stets zu haben bei **D. G. Guksch.**

Zur Erlangung und Bewahrung der Gesundheit.

Uebigau (Bahnhof Falkenberg), 15. August 1863.

Von der Vortrefflichkeit Ihres Malzextraktes kann auch ich Zeugniß geben.

Meine Frau litt seit 10—12 Jahren an großer Magenschwäche, so daß ihr selbst die leichtesten Speisen Unbequemlichkeiten verursachten. Da sich in den letzten Jahren auch noch Kurzathmigkeit, Husten, Stechen auf der Brust rc. einstellten und hinzugesellten, so nahm ich meine Zuflucht zu Ihrem (für mich freilich kostspieligen) Malzextracte.

Ich veranlaßte den Kaufmann Reiß hierselbst (der ebenfalls über die letztangegebenen Uebel klagte), dieses Bier zu trinken und in Niederlage zu nehmen. Meine Frau trank nun seit Mai bis September v. J. freilich an 100 Flaschen (anfangs sehr wenig, dann mehr und zuletzt täglich eine Flasche) und — es trat Appetit ein, ja zuletzt sehr guter, der Magen wurde stark, und es schwand auch der Husten und das Stechen auf der Brust. Anfangs glaubte ich, die Uebel würden nach Aufhören des Trinkens wiederkehren, doch Gott sei Dank! sie erfreut sich heute noch eines sehr gesegneten Appetits und guter Verdauung. — Erfreut über dies schöne Getränk, rieth ich allen ähnlich Leidenden dieses Bier an, das Vertrauen zeigte sich gerechtfertigt, denn der Kaufmann Reiß setzte im vorigen Jahre über 300 Flaschen ab.

Seit November v. J. bis jetzt habe ich an einem gastrischen Fieber zugebracht und bin in Folge dessen körperlich sehr heruntergekommen (trotzdem, daß ich früher ziemlich stark war), und mein Magen ist durch den Gebrauch verschiedener angepriesener Mittel so geschwächt, daß ich nur ganz leichte Suppen und trockene Semmel genießen kann. Da ich jetzt die feste Ueberzeugung habe, daß Ihr Malzextract auch mir ausgezeichnete Dienste leisten wird, so richte ich die Bitte an Sie (— — folgt die Bestellung rc.)

Posselt, Lehrer.

An den Hoflieferanten Herrn Johann Hoff in Berlin,
Neue Wilhelmsstraße 1.

Die Niederlage für Thorn bei Eduard Seemann.

Leipzig.

Produkten Commissions-Geschäft
von
I. W. Lustig
empfiehlt sich der resp. Geschäftswelt. Gewährt bei Consignationen Vorschüße. **Correspondenz franko.**

Die höchsten Preise für
Blauweizen
zahlt R. Dannehl Stärkefabrikant auf der Mocker.

Dr. Pattison's
Gichtwatte

Heil- und Präservativ-Mittel gegen **Rheumatismen aller Art**, als gegen Gesichts-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Rücken- und Lendenschmerz, Kopf- Hand- und Kniegicht, Gliederreißen u. s. w.

Ganze Pakete zu 8 Sgr., halbe zu 5 Sgr. in der **Lambeck**'schen Musikhandlung.

Kautschouk-Gebisse

mit eigenen wesentlichen Verbesserungen
Bromberg, Wilhelmstraße 491.
Mallachow, Zahnarzt.

Allerneueste
Grosse Geldverloosung
von 2 Millionen 700,000 Mark,

in welcher nur Gewinne gezogen werden, garantirt und beaufsichtigt von der **Staats-Regierung.**

Ein	Original-Loos	kostet	**4** Thlr.
„ halbes	do.	do.	„ **2** „
Zwei viertel	do.	do.	kosten **2** „
Vier achtel	do.	do.	do. **2** „

Unter 18,200 Gewinnen befinden sich Haupttreffer von Mark 250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 2 mal 25,000, 2 mal 20,000 2 mal 15,000, 2 mal 12,500, 2 mal 10,000, 1 mal 7500, 5 mal 5000, 7 mal 3750, 85 mal 2500, 5 mal 1250, 105 mal 1000, 5 mal 750, 155 mal 500, 270 mal 250 etc. etc.

Beginn der Ziehung am
11. Dezember.

Unter meiner in weitester Ferne bekannten und allgemein bewährten Geschäfts-Devise:

„Gottes Segen bei Cohn!"

sind fortwährend die grössten Hauptgewinne und bereits 18 Mal das grösste Loos bei mir gewonnen werden.

Auswärtige Aufträge mit Rimessen in allen Sorten Papiergeld oder Freimarken, sowie gegen Postvorschuss führe ich prompt und verschwiegen aus und sende amtliche Ziehungslisten und Gewinngelder sofort nach Entscheidung zu.

Laz. Sams. Cohn,
Banquier in Hamburg.

Am 25. d. Mts., von des Vormittags 9 Uhr ab, werde ich in meiner Behausung den Rest meines Lagers in

Porzellan- und Fayence-Geschirr

meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen. **C. B. Dietrich.**

Von heute ab stets frisches Bromberger Brod; ein 5 Sgr. Brod 5¾ Pfund schwer, gut ausgebacken, von lieblichem Geschmack empfiehlt

Viktualienhändler **Knorr,**
große Gerberstraße vis-à-vis Herrn Gierau.

Aus der Belle-Etage des Hauses Brückenstraße Nro. 28 sind am Sonntag, den 22. d. Mts. ein Paar silberne **Leuchter** gestohlen worden. Demjenigen, der zur Wiedererlangung derselben verhilft, wird eine angemessene Belohnung zugesichert.

Vor dem Ankauf wird gewarnt.

Es predigen:

In der neustädtischen evangelischen Kirche.
Mittwoch, den 25. November, Abends 6 Uhr, Herr Garnisonprediger Eilsberger.

Marktbericht.

Thorn, den 23. November 1863.

Die Preise für auswärtige Lieferungen sind niedriger als in den letzten Tagen und fortwährenden Schwankungen unterworfen. Die Zufuhren im Allgemeinen sind schwach, stärker die aus Polen, von woher Lieferungen erfolgten. Abschlüsse auf Winterlieferungen sind erfolgt und nach Qualität und Gewicht bezahlt.

Weizen: Wispel 40—52 thlr.
Roggen: Wispel 28—30 thlr.
Erbsen: Wispel 32—36 thlr.
Gerste: Wispel 26—30 thlr.
Hafer: Wispel 20—21 thlr.
Buchweizen: Scheffel 25 sgr. bis 27 sgr. 6 pf.
Kartoffeln: Scheffel 14—15 sgr.
Butter: Pfund 9—10 sgr.
Eier: Mandel 4 sgr. 6 pf. bis 6 sgr.
Stroh: Schock 6—7 thlr.
Heu: Centner 1 thlr. bis 1 thlr. 5 sgr.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 21. November. Temp. Kälte 2 Grad. Luftdruck 28 Zoll 5 Strich. Wasserstand 1 Zoll. unter 0.
Den 22. November. Temp. Kälte 2 Grad Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 2 Zoll unter 0.
Den 28. November. Temp. Wärme 3 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 0 Zoll.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck**. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.